

Karriereplanung beziehen? In wieweit sind Diskursstrategien tiefgreifender Gesellschaftsreformen angesichts vorhandener Medienmacht und neuer Widersprüche der digitalen Welt überhaupt noch steuerbar?

Doch neben allen offenen Fragen eint die Think Tanks auch manches: Sie widersprechen technokratischem Praktizismus und bloßer Stimmungsdemokratie. Sie halten programmatische Analysen und Konzepte für die Basis erfolgreichen politischen Handelns. Sie befürworten, dass das rot-grüne Projekt in die Gesellschaft hinein erweitert werden muss, um mehrheitsfähig zu werden und um einen tatsächlichen Politikwechsel angehen zu können. Es verbindet sie die Einsicht, dass Europa die entscheidende neue Dimension politischen Handelns ist, die ein »Rethinking« tradierter Konzepte von Regulierung, Sozialstaat, Umverteilung und Demokratisie-

rung notwendig macht. Schließlich eint sie die Erkenntnis, dass Reformpolitik nicht auf staatliches Handeln und besseres Regieren reduziert werden sollte, sondern mit sozialen Bewegungen über Parteigrenzen hinweg und mit Diskurshoheit zu tun hat.

Derartige Gemeinsamkeiten sollten mehr als bisher zu Kooperation und Ergänzung einladen, untereinander und in Auseinandersetzung mit anderen reformpolitischen Denkorten. Denn Think-Tank-Arbeit findet schließlich auch im Parteivorstand und manchen Ministerien des »Tankers SPD« (Peter Glotz), erst recht in der FES und sogar in kleinen Beibooten, wie im Umfeld der Zeitschrift für sozialistische Politik und Wirtschaft (spw) und der *perspektivends* (Zeitschrift für Gesellschaftsanalyse und Reformpolitik), statt.



Klaus-Jürgen Scherer

Redaktion NG/FH, ist Politikwissenschaftler und Geschäftsführer des Kulturforums der Sozialdemokratie.

klaus-juergen.scherer@fes.de

Stefan Grönebaum

Auf der Suche nach einer Erzählung

Die SPD in einem schwierigen »Bewährungsaufstieg«

Seit ihrem Wahlsieg 1998 hat die Bundes-SPD Kompetenz und Glaubwürdigkeit, Wählerstimmen und Mitglieder, 2005 die Regierungsführung und 2009 die Mitregierung eingebüßt. Die von Parteichef Sigmar Gabriel ausgerufene »Rückrufaktion« für 10 Millionen seit 1998 verlorene Wähler blieb mäßig erfolgreich. 2013 machte die SPD aus einem verpatzten Wahlkampf mit miserablen Ergebnis durch kluge Koalitionsverhandlungen unter Beteiligung der Mitglieder das Beste. Nun ist sie wieder

Merkels Juniorpartner. Agiert sie diesmal als kompetente und glaubwürdige Regierungs- und Programmpartei mit eigenständigem Profil, Projekten und Machtoptionen? Denn so wahr es ist, dass große Koalitionen nicht per se dem kleineren Partner schaden müssen, so klar ist auch, dass die SPD als Merkels Juniorpartner klug handeln muss, um mauen Kompetenzwerten und dem 20 %-Turm zu entgehen: Anfang 2014 lag sie um die 25 %, weniger trauten ihr die Lösung der Probleme zu.

Viele Bürger schreiben der SPD wenig wirtschaftliche und soziale Kompetenz zu. 60 % sprachen ihr ab, Arbeitnehmerinteressen zu vertreten. Dem Gerechtigkeitswahlkampf fehlte es an Glaubwürdigkeit, was die »Alphatier«-Attitüde und geringe soziale Sensibilität des Kandidaten noch verstärkte. Die einseitig am sozialen Markenkern orientierte Kampagne ging am Befinden vieler Bürger vorbei: Eine Wählermehrheit sah sich europaweit auf der Insel der Seligen und traute Angela Merkel (»Sie kennen mich«) eher zu, dies abzusichern. In der zentralen Europapolitik blieb die SPD profilarm und unattraktiv. Der Mangel an Machtoptionen verschlimmerte das vorhandene Dilemma.

Für die Niederlage nannte Gabriel Ende 2013 drei Gründe: Erstens habe die arbeitende Mehrheit Merkel ökonomisch mehr zugetraut als den vor Armut und Ungleichheit warnenden Genossen. Zweitens habe die SPD ihren Markenkern soziale Gerechtigkeit nach Hartz IV, Mehrwert-

steuererhöhung und Rente mit 67 nie voll rehabilitiert. Und drittens habe sich die Partei der Bil-

dungsaufsteiger räumlich und sozial von den Kernwählern entfernt. Gabriel antwortet mit einer Dreifach-Strategie: Um die Wirtschaftskompetenz zu stärken, schultert er das Großressort Wirtschaft und Energie mit dem Megaprojekt Energiewende und koordiniert professionell Ressorts, Partei und Fraktion. Weiter soll die SPD verstärkt der arbeitenden Mehrheit attraktive Angebote machen und vermehrt Handwerker, Arbeiter und junge Frauen einbeziehen, um die kulturelle Kluft zu den Arbeitnehmern zu verringern.

Gabriel weiß, nur regierend kann die SPD an Kompetenz und Vertrauen zulegen, benötigt aber darüber hinaus eigene Positionen und Machtoptionen. Entwickelte sie 1998 eine doppelte Botschaft (»Innovation und Gerechtigkeit«), ist die Aufgabe 2014 komplexer: Sie agiert nicht aus der

Opposition gegen einen verbrauchten Altkanzler, sondern aus der Regierung gegen die populäre Amtsinhaberin und mit Gabriel als intern unbestrittener, beim Wähler aber (noch) unpopulärer Nummer eins. Im Bundesrat muss sie mit Union und Grünen arbeiten. Umfragen zufolge wählten die Deutschen »Mutti plus Betriebsrat« (ökonomische Kompetenz und soziale Gerechtigkeit, in dieser Reihenfolge) und erwarten von der neuen Koalition Fortschritte bei Arbeitsmarkt, Familie und soziale Gerechtigkeit »ohne die Wettbewerbsfähigkeit zu gefährden«. Das Bonmot eines Leitartiklers, man habe Merkel gewählt, um SPD-Politik zu machen, trifft etwas: Die Wähler haben die Partei in einen schwierigen Bewährungsaufstieg geschickt.

Trifft die Koalition auf Großkrisen wie die Finanzkrise 2008, profitiert – wie die SPD leidvoll erfuhr – die Partei, die den Kanzler stellt. Gibt es keine großen Krisen, bleiben gesellschaftliche Großaufgaben zu bewältigen: Re-Regulierung des Arbeitsmarktes, Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit und der öffentlichen Güter, Energiewende, Sicherung des Sozialstaats, bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf, eine neue Migrations- und Integrationspolitik und, damit eng verbunden, die Bewältigung des hierzulande enormen demografischen Wandels. Nicht zuletzt wartet Europa auf eine Ansage, ob man weiter nur Spardruck ausüben oder Vorreiter für ein bürgernäheres EU-Design sein will.

Bis auf das letzte Feld hat die SPD für all diese Daueraufgaben in der Opposition Konzepte erarbeitet. Dabei ist, wie Brandts blockierte Ostpolitik zeigt, nicht wichtig, ob man alles erreicht, sondern ob man Zukunftsfragen mit konkreten Projekten verbindet, wie das Manuela Schwesig mit der Familienarbeitszeit getan hat. Noch besser ist es, derartige Projekte mit dem Partner oder der eigenen Partei abzusprechen. Andernorts geht es darum, allgemeine gegen Lobby-Interessen abzuwägen, wie es Sigmar Gabriel bei der Energiewende versucht.

Entfernung von den Kernwählern

Unklar bleibt bisher die übergreifende Vision der SPD von der Gesellschaft, in der wir leben wollen: gute Arbeit, soziale Sicherheit, nachhaltige Bildung, bezahlbare Energieversorgung und eine wettbewerbsfähige Wirtschaft sind Teile eines Ganzen, das allein im Ressorthandeln nicht sichtbar wird. Die Partei muss Angebote für die arbeitende Mehrheit machen: Bietet sie der Union die Senkung der kalten Progression gegen die Erhöhung des Spitzensteuersatzes an? Geht sie die Ersetzung des Ehegatten- durch ein Familiensplitting an? Kommt das relevante Gehaltsgleichstellungsgesetz statt einer Quote für einige DAX-Vorstände?

Offen ist auch, ob die gealterte, sozial verengte Partei wieder mehr Fühlung zu so genannten »einfachen Leuten« aufnimmt. Noch Kurt Beck war – als Mann der katholischen Arbeitnehmerbewegung – »nah bei de Leut«, was von machem belächelt wurde. Doch heute bewegt sich die Bundespartei in einer selbstreferenziellen Blase aus Journalisten, Bürokraten und Lobbyisten, was den Blick für Interessen, Wünsche und Sehnsüchte der 99 % nicht erleichtert.

Es gilt also eine Erzählung zu entwickeln, die Gründe liefert, öfter als bisher SPD zu wählen – um unserer eigenen Zukunft und die unserer Kinder willen. Dies hat Willy Brandt auch gegenüber der SPD-Regierungspraxis verkörpert. Nun ist es viel von Gabriel verlangt, auch noch den Visionär zu geben. Immerhin sprach er in Leipzig drei große Themen an: den Schutz der persönlichen Freiheit in der digitalen Gesellschaft, die Verteidigung des Liberalismus gegen seine Schrumpfform als Steuer-senkungsideologie sowie die Kooperation der Sozialdemokraten in Europa. Alle diese Felder erfordern enorme Anstrengungen. Nur wenn Parteispitze und -flügel konkrete Vorhaben, aber auch Sehnsuchtsräume für Wünsche und Projektionen jenseits des Alltagshandelns anbieten, werden große Teile der Bürger die Regierungsarbeit der SPD goutieren. Für sie muss ein Mehrwert

erkennbar werden, der über das Regieren für ein paar Spitzengenossen hinausreicht.

Damit die Menschen merken: »die tun was – für uns«, muss zuerst klar gemacht werden, dass Regieren für die SPD kein Selbstzweck ist. Sie muss in Bundesregierung, Bundestag und -rat verstärkt zeigen, dass sie sich an den Rechten und Interessen der Bürger, der Arbeitnehmer, Verbraucher, Mittelständ-

Sechs praktische Herausforderungen

ler und Unternehmer orientiert, in dieser Reihenfolge, und nicht wie früher zuerst an denen von Großbetrieben und Industriegewerkschaftern. Zweitens muss die SPD ihr linkes Programm weder hochhalten noch umwerfen, sondern präzisieren, will sie glaubwürdiger werden. Sie wurde für ihr Programm nicht gewählt, aber ein Rechtsschwenk würde erst recht nicht honoriert werden. Die Friseurin, der junge Bauzeichner, der kleine Freiberufler und Mittelständler müssen spüren, dass die SPD regiert – aber anders als in den Jahren nach 1998, als die Bürokratie wuchs, die Löhne stagnierten und die Arbeitslosenunterstützung weniger wurde.

Drittens muss die SPD populistisch umkämpfte Themen mutiger aufgreifen: Ob es etwa um mehr Beteiligung geht oder um eine neue Integrationspolitik. Es gilt: Wegducken hilft nicht. So ist es konsequent, wenn Gabriel der SPD-Basis zusagt, den nächsten Kanzlerkandidaten wählen zu können. Und in der Gesellschaft gibt es heute ein Potenzial an gut ausgebildeten, selbstbewussten Migranten, das die SPD nutzen muss, statt aus Rücksicht auf diejenigen rum zu eiern, die die verhassten »Ausländerfreunde« sowieso nicht wählen. In der arbeitenden Mitte werden Migranten längst akzeptiert, wenn man vorhandene Probleme klar benennt und nicht tabuisiert. Nicht zufällig distanzieren sich die von Fachkräftemangel geplagte Wirtschaft und die Gewerkschaften gemeinsam von der fremdenfeindlichen CSU-Kampagne.

Viertens braucht die SPD neue gesell-

schaftliche Partner. Nur mit Gewerkschaftern holt sie 25 %. Mit wirtschaftsfreundlicher Energie- und Klimapolitik punktet die SPD bei Handwerk und Mittelstand. Dies könnte mit einer fair finanzierten, ökologischen Modernisierung der Volkswirtschaft auf der Basis dezentraler Erzeugung vor allem erneuerbarer Energien gelingen. Viel zu tun gibt es bei sozialen Dienstleistern, die weder vom Tarifsystem noch von der SPD viel erwarten. Die Regulierung des Arbeitsmarktes ist in eine Strategie der Rückholung der Dienstleister und Prekären in die Gesellschaft einzubauen. Gesundheitspolitik muss von den Kranken und Beschäftigten her gedacht werden. Zudem ist Bildungspolitik etwas anderes als die GEW beschließt, auch wenn viele GEW-Mitglieder in der SPD sind. Insgesamt muss die SPD wie in den Jahren 1966 bis 1969 stärker als Partei des Gemeinwohls, der sozialen und wirtschaftlichen Modernisierung erkennbar werden denn als Vertreterin vor allem industrieller Interessen. Und ja, der ganze Habitus muss jünger, ziviler und weiblicher werden.

Auf der Parteiebene ist auszuloten, was mit den Anderen geht. Die Bereitschaft, einen ostdeutschen Ministerpräsidenten von der Linkspartei zu wählen, reduziert die Abhängigkeit von der Union. Im Bund zeigt das Positionspapier der SPD-Linken (»Für eine linke Reformperspektive«, d. Red.) auf, wie Probleme der möglichen Partner von morgen ernsthaft behandelt werden können. Den Draht zu den Grünen sollte man dringend pflegen, schon um sie nicht der Union in die Arme zu treiben und auch die Tür zur FDP sollte nicht zugeschlagen werden – vielleicht agiert sie einmal weniger unionsnah? Wichtiger noch ist der Umgang mit dem »Partner« Union:

Freundlich und hart in der Sache muss er sein. Weder Gezänk noch Kuschelkurs. Selbstbewusst ohne Überhebung, sachlich ohne Unterordnung, so schafft man Respekt und Distanz.

Schließlich bleibt eine gerechte Beteiligung an Steuern und Abgaben zentral: Für Liberal-Konservative verläuft hier die rote Linie, aber bessere Arbeit, Bildung, öffentliche Güter usw. sollten nicht nur von Arbeitnehmern bezahlt werden. Am zähen Kampf um mehr Einnahmen von Besserverdienern führt schon zur Stabilisierung der Binnennachfrage und des Wachstums kein Weg vorbei. Wer ihn aufgibt, bekommt die Masse der Beschäftigten nicht hinter sich. Und all das will auf europäischer Ebene – auch gegen die Kommission – europä- und nationalbewusst vertreten werden: Außenpolitik als pure Absicherung von Merkels Sparkurs trieb Deutschland und die SPD weiter in die Isolation.

All diese Aufgaben sind zugleich zu leisten. Entscheidend ist, ob die SPD bis 2017 spürbar das Leben vieler Menschen ändert. Das verlangt der Partei viel ab. Wer ihr das nicht zutraut, sollte sich an die Entwicklung Willy Brandts erinnern. Wer konnte schon vorhersehen, welchen Weg Partei und Land mit ihm gehen würden, als Mitte der 60er Jahre der »Jungrechte« Brandt noch mit Deutschland in den Grenzen von 1937 im Hintergrund auf SPD-Parteitag sprach? Wer weiß schon, welche politische Bewegung unser derzeit so biedermeierliches Land ergreift? Damit die Bewegung nicht verpufft, muss die SPD ihr den Weg bereiten. Karl Mannheim zufolge gibt es alle 30, 40 Jahre eine »politische Generation«: Dann wird es Zeit. Die SPD sollte »vorbauen« wie der Marx'sche Maulwurf. Zu tun lässt ihr dieser Kapitalismus noch genug.



Stefan Grönebaum

ist Projektleiter Öffentlichkeitsarbeit in der Vertretung des Landes Nordrhein-Westfalen beim Bund in Berlin.

stefan.groenebaum@lv-bund.nrw.de